

Politik

Tausende fliehen aus Rebellenvierteln

Angriffe in Aleppo halten an. Kämpfe mit dem IS vor Palmyra

Die UN-Vollversammlung hat sich mit großer Mehrheit für eine Waffenruhe in Syrien ausgesprochen. In der Resolution wurde am Freitag auch ein Ende aller Belagerungen – etwa in der Großstadt Aleppo – gefordert. Für den von Kanada eingebrachten Entwurf stimmten 122 Mitgliedstaaten. 13 waren dagegen, und 36 enthielten sich. Resolutionen des UN-Gremiums sind nicht bindend, können aber ein wichtiges Signal sein.

Die syrische Armee ist in Ost-Aleppo derweil weiter auf dem Vormarsch. Bei der Offensive wird sie von der russischen Luftwaffe unterstützt. Nach Angaben von Aktivisten hat die syrische Luftwaffe Stunden nach einer von Moskau verkündeten Feuerpause am Freitag erneut den Osten der Stadt angegriffen. Die Angriffe galten den noch von Aufständischen kontrollierten Gebieten, wie die in London ansässige Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte mitteilte, die den Rebellen nahe steht.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow lehnte am Freitag eine Einstellung der Luftangriffe ab. „Die Angriffe werden so lange weitergehen, wie noch Banditen in Aleppo sind“, sagte er am Rande des OSZE-Ministerrats in Hamburg. Lawrow relativierte seine Ankündigung vom Donnerstagabend zu einer begrenzten Feuerpause. Er sprach nun von einer „humanitären Unterbrechung“ der Angriffe. Ziel sei gewesen, „dass Zivilisten die Stadt verlassen konnten, die dies wollten“. Von einer Einstellung der Kampfhandlungen sei nie die Rede gewesen.

Die russischen Streitkräfte teilten am Freitag mit, sie hätten innerhalb von 24 Stunden 8 000 Zivilisten geholt, aus den Rebellengebieten zu flüchten, darunter fast 3 000 Kinder. Den UN zufolge sind Hunderte Männer aus Rebellengebieten nach der Flucht in Regierungsviertel verschwunden. Zudem gebe es Berichte, bewaffnete Gruppen der Opposition hätten Zivilisten von der Flucht abgehalten, sagte der Sprecher des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte, Rupert Colville, am Freitag.

Derweil ist die radikalislamische IS-Miliz auf die Wüstenstadt Palmyra vorgerückt. Die Terrororganisation hätte am Freitag nach heftigen Gefechten mit Regierungstruppen weiteres Territorium erobert, hieß es. Die US-geführte Anti-IS-Koalition hat nach eigenen Angaben am Freitag 168 Tankwagen der Extremisten nahe Palmyra zerstört. (AFP, dpa, Reuters)

Schülerinnen töten mehr als 50 Menschen Selbstmordattentat in Nigeria

Zwei Selbstmordattentäterinnen haben im Nordosten Nigerias über 50 Menschen mit in den Tod gerissen. Sie sprengten sich am Freitag auf einem belebten Markt in Madagali im Bundesstaat Adamawa in die Luft, wie örtliche Behörden mitteilten. Hinter dem Anschlag wird die islamistische Terrormiliz Boko Haram vermutet. Die Behörden sprachen am Freitagabend von 56 Toten und 180 Verletzten. Augenzeugen berichteten von vielen verstümmelten Körpern.

Angaben der Armee zufolge waren die Frauen noch Schülerinnen und hatten nach Medienberichten ihre Sprengstoffgürtel zur Mittagszeit gezündet. Eine Explosion erschütterte den Getreidemarkt, während die zweite Attentäterin ihren Sprengsatz auf dem Viehmarkt zündete.

In den vergangenen Wochen hatte Boko Haram mehrfach in der Region zugeschlagen. Ein Behördensprecher, Yusuf Muhammad, forderte von der Regierung, Truppen um nahe gelegene Boko-Haram-Lager zu stationieren.

Die sunnitischen Extremisten terrorisieren seit Jahren den Nordosten Nigerias sowie angrenzende Gebiete der Nachbarstaaten Niger, Kamerun und Tschad. Sie wollen einen sogenannten Gottesstaat errichten, mit strengster Auslegung des islamischen Rechts, der Scharia. Bei Anschlägen und Angriffen der Terrormiliz sind seit 2009 mindestens 14 000 Menschen ums Leben gekommen. Allein in Nigeria sind mehr als zwei Millionen Menschen vor der Gewalt der Terrormiliz geflohen. (dpa, Reuters)



Unterstützer der türkischen Tageszeitung Cumhuriyet vor deren Redaktionszentrale in Istanbul

„Eine Hexenjagd auf alle Regierungskritiker“

Der amtierende Chefredakteur von Cumhuriyet, Aydin Engin, über seine Arbeit nach dem Putsch in der Türkei

Draußen wehen die Fahnen wie immer. Die weiße mit der roten Aufschrift Cumhuriyet (auf Deutsch: Republik), daneben die Nationalflagge der Türkei. Nur darunter patrouillieren seit Kurzem zwei schwer bewaffnete Polizisten. Drinnen im dritten Stock des aschgrauen Gebäudes in Istanbul sitzt Aydin Engin hinter seinem Schreibtisch. Seit Anfang November leitet der 75-jährige Kolumnist das bekannteste unabhängige oppositionelle Medium der Türkei, die Tageszeitung Cumhuriyet, als Interims-Chefredakteur. Der eine Chefredakteur, Murat Sabuncu, sitzt noch im Gefängnis; der andere, Can Dündar, ist im deutschen Exil.

Wird unser Gespräch abgehört?

Mit Sicherheit hören uns zwei, drei Leute vom Geheimdienst zu.

Und Ihnen macht das nichts aus? Sie werden trotzdem frei sprechen?

Unsere Antwort auf die totale Überwachung ist totale Transparenz. Alles, was ich Ihnen erzähle, kann ich jederzeit anderswo exakt so wiederholen.

Was ist in der Nacht des 31. Oktober passiert?

Um halb sechs haben mich die Polizisten zu Hause abgeholt. Zeitgleich wurden elf weitere Kollegen und Freunde von Cumhuriyet verhaftet. Sie haben uns in Istanbul Polizeigewahrsam in den Trakt C gebracht. Der ist reserviert für Terroristen. Auf einem Korridor sind die PKK-Leute, auf einem anderen die Gülen-Anhänger, dann noch die IS-Kämpfer – und in einem eben die Journalisten. Nach fünf Tagen wurden ein Kollege und ich aufgrund unseres Alters freigelassen. Die anderen sitzen jetzt noch im Gefängnis.

Ihnen wird vorgeworfen, Terrororganisationen zu unterstützen.

Der Staatsanwalt hat mir bei der Anhörung gesagt: „Herr Engin, in Ihren Kolumnen machen Sie sowohl Propaganda für Fetö (kurz für: Fetullah Gülens Terrororganisation), als auch für die PKK.“ Ich habe ihm

Cumhuriyet (Republik) wurde 1924 gegründet. Die überregionale türkische Tageszeitung erscheint bislang mit einer Auflage von rund 50 000 Exemplaren täglich. Das regierungskritische Blatt war über Jahrzehnte staatlichen Repressalien und politisch motivierten Anschlägen ausgesetzt.

DIE ZEITUNG



Aydin Engin, Cumhuriyet-Chefredakteur

Der Journalist Ugur Mumcu wurde 1993 bei einem Bombenattentat getötet. Mehrfach wurden Redakteure zu Haftstrafen verurteilt, darunter Chefredakteur Can Dündar. Er lebt in Deutschland.

Nach dem Putsch wurde Chefredakteur Murat Sabuncu festgenommen.

geantwortet: „Herr Staatsanwalt, wissen Sie, was ein Oxymoron ist?“ Da wurde er neugierig. „Ein eckiger Kreis, heißes Eis“, erklärte ich ihm. Oder eben: Propagandist sein für PKK und Fetö gleichzeitig. Beide Organisationen hassen sich aufs Blut, der Vorwurf ist absurd.

Die Regierung hätte Ihre Zeitung auch einfach schließen und unter Zwangsverwaltung stellen können, so wie sie das mit anderen Medien, Unternehmen und Universitäten getan hat.

Die Reaktionen der Menschen nach dem 31. Oktober waren überwältigend. Zu groß für die Regierung. Während ich im Gefängnis saß, haben Hunderte Menschen vor der Redaktion demonstriert, das waren fast Proteste wie beim Gezi-Park. Seit ich draußen bin, komme ich kaum zum Schreiben: Jeden Tag kommen Leser, Politiker und Journalisten aus aller Welt in die Redaktion, um ihre Solidarität mit Cumhuriyet auszudrücken.

Wie haben Sie die Nacht des Putsches am 15. Juli erlebt?

Ich war überrascht, ehrlich gesagt. Ich kenne einige Leute in Gülen-Organisationen, aber niemanden in Polizei oder Militär. Ich hätte nicht gedacht, dass die Organisation eine solche Schlagkraft hat. Gott sei Dank haben die Putschisten am Ende verloren, aber die Demokratie hat an diesem Abend trotzdem nicht gewonnen. Der Putsch war der Startschuss für eine Hexen-

jagd auf alle Regierungskritiker in der Türkei, die bis heute andauert.

Haben Sie Verständnis für das harsche Vorgehen der AKP gegen Regierungsgegner?

Klar müssen die Gülen-Anhänger bestraft werden, immerhin haben sie einen ziemlich blutigen Putsch versucht. Für das Vorgehen gegen die Opposition habe ich null Verständnis. Zunächst ging es noch gegen Fetö, dann gegen die Kurden, gegen Lehrer, Richter, Ärzte. Ich kenne einige Akademiker, die eingesperrt wurden. Die trinken Raki und sind Atheisten. Unmöglich, dass die zur muslimischen Fetö gehören.

Was will die AKP damit erreichen?

Die AKP ist gelebter politischer Islam, wie die Muslimbrüder in Ägypten. Und Islamismus und Demokratie gehen einfach nicht zusammen. Schon 1998 hatte Erdogan gesagt: „Demokratie ist nur ein Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind.“ Sein Ziel ist ein islamischer Staat. Ein Albtraum für die Koppenhagener EU-Beitrittskriterien.

Das heißt, die EU hat die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu Recht auf Eis gelegt?

Seit 190 Jahren blickt die Türkei nach Westen, jetzt kommt jemand wie Erdogan und sagt, er wäre gern Teil der „Schanghai Five“ und will die Todesstrafe einführen. Er wendet sich von Europa ab – klar, dass das der EU nicht gefällt. Aber wir dürfen nicht vergessen: Erdogan hat

50 Prozent der Stimmen – und 50 ist nicht 100. Die EU war immer auch eine Bremse für alle antidemokratischen Entwicklungen in der Türkei. Unsere Beziehungen sind im Moment im Kühlschrank – aber noch nicht in der Gefriertruhe.

In den westlichen Medien wird Erdogan oft als Diktator dargestellt. Ist er einer?

Noch nicht. Erdogans Traum ist es, wie der russische Präsident Putin zu sein. Der behauptet von sich auch, dass er ein lupenreiner Demokrat ist. In Wirklichkeit ist er ein Oligarch, der mit seinen engsten Freunden und Beratern das Land regiert. Dahingehend versucht auch Erdogan gerade, die Verfassung zu verändern. Wenn das Präsidialsystem tatsächlich kommt, können wir der Demokratie „Tschüss“ sagen.

Sie waren lange Zeit nebenberuflich als Theaterregisseur tätig. Wie würden Sie die Situation in der Türkei aufarbeiten?

Als Komödie natürlich. Mit Sultan Tayyip als Hauptprotagonisten: ein Mann ohne Uni-Abschluss, der Buchhalter gelernt hat und sich für einen Wirtschaftsexperten hält. Der aus einem Istanbul Stadtteil kommt, der berühmt ist für seine Gauner und Ganoven; für so einen wäre ein Präsidentenposten normalerweise ein paar Nummern zu groß – aber sein Ego ist noch größer. Das wäre ein lustiges Stück – aber ich glaube, öfter als ein Mal könnte ich es nicht aufführen.

Haben Sie keine Angst?

Selbstverständlich habe ich Angst. Persönlich, aber vor allem um die Zeitung. Klar könnte ich mich jetzt zurückziehen in mein Ferienhaus auf der Marmara-Insel und mir mit meiner Rente ein schönes Leben machen. Aber wie könnte ich mich dann noch im Spiegel ansehen? Ich bin jetzt 75, ich war immer Journalist und werde, bis ich sterbe, für Demokratie, Laizismus und Meinungsfreiheit einstehen.

Das Interview führten Bartholomäus von Laffert und Nico Schmolke.

Ganz und gar undiplomatisch

Mit unbedachten Äußerungen bringt der britische Außenminister Boris Johnson die Regierung immer mehr in Schwierigkeiten

VON PETER NONNENMACHER

LONDON. Am Wochenende muss der britische Außenminister Boris Johnson besonderes diplomatisches Geschick beweisen. In Saudi-Arabien, wo er am Sonntag eintrifft, erwartet das Königshaus eine Entschuldigung für ganz und gar undiplomatische Äußerungen von Johnson.

Scharf distanziert hat sich bereits die britische Regierungschefin Theresa May. Jüngste Bemerkungen Johnsons über die Saudis und über den Iran hätten „nichts mit der Position der Regierung zu tun“, ließ May erklären. Am Sonntag als Gast in Riad werde der Minister Gelegenheit haben, brav auf der Regierungslinie zu bleiben, war aus Downing Street No 10 zu hören. Für London sei Saudi-Arabien weiterhin ein ganz wichtiger Partner – daran än-

derten Johnsons „private Ansichten“ nichts.

Proviziert hatte Johnson diesen Ruffel mit Äußerungen, die er kürzlich auf einer Konferenz in Rom machte, die aber erst jetzt bekannt wurden. Dort hatte er gesagt, die Führungen Saudi-Arabiens und des Irans missbrauchten den Islam, führten gefährliche Stellvertreterkriege in der Region und verhielten sich wie Puppenspieler. Das sei eines der größten Probleme im Nahen Osten.

Johnsons Bemerkungen reflektieren weitreichende Kritik in Großbritannien an den Saudis. Oppositionsparteien und Bürgerrechtsverbände haben gegen den Inhalt seiner Kommentare nichts einzuwenden. Sie halten Johnson freilich „Heuchelei“ vor,

weil er gegen Einwände der Labour Party weitere Waffenverkäufe an die Saudis im Parlament durchgedrückt hat. Großbritannien betrachtet Saudi-Arabien als enorme Einkommensquelle und als einen seiner wichtigsten Verbündeten. London hat an militärischen Investitionen im Golf in den nächsten zehn Jahren über drei Milliarden Pfund eingeplant.

Premierministerin May selbst ist eben erst von einer Handelstour durch den Golf zurück gekehrt. Johnsons Saudi-Kritik überschattet ihre Bemühungen um ein einvernehmliches Verhältnis zum saudischen Königshaus. Zur Unfähigkeit Johnsons, sich an politische Konventionen zu halten, meint Labours Schatten-Außenministerin Emily Thornberry:

„Niemand nimmt ihn noch ernst, wenn er im Ausland für Britannien zu sprechen vorgibt. Keine auswärtige Macht wird je mit ihm in Verhandlungen eintreten.“

Ein konservativer Amtsvorgänger Johnsons, Sir Malcolm Rifkind, stellte die Frage, ob Johnson am rechten Platz sei als Chef des Außenministeriums. Auch von anderen Politikern und Kommentatoren ist Johnson seit seiner überraschenden Ernennung mehrfach gescholten worden. „Boris“ benehme sich immer noch wie der Anti-EU-Spötter, Brüsseler Kampagnen-Korrespondent und Bürgermeister-Clown, den er lange Jahre spielte, ist genereller Tenor der Kritik. Ein Kommentator vermerkte jüngst: „May braucht dringend einen Außenminister. Was sie nicht braucht, ist ein durch die Welt streifender Regierungskolumnist.“



Boris Johnson, Außenminister

Südkoreas Präsidentin muss gehen

Parlament beschließt Amtsenthebungsverfahren

VON FINN MAYER-KUCKUK

Südkoreas Präsidentin ist von ihren Pflichten entbunden. Das Parlament des Landes hat am Freitag mit großer Mehrheit beantragt, Park Geun-Hye aus ihrem Amt zu entfernen. Abgeordnete aller Parteien verdächtigen sie der unsauberen Amtsführung. Sie sind der Meinung, dass sie sich nicht mehr als Präsidentin eignet. „Die Staatsgeschäfte waren monatelang gelähmt“, sagte Parlamentspräsident Chung Sye-Kyun im Hinblick auf eine Korruptionsaffäre, in die Park verwickelt ist. „Da das Parlament Antrag auf Amtsenthebung gestellt hat, besteht nun wieder Hoffnung auf Normalität.“

Der Ball liegt nun beim Verfassungsgericht, das den Antrag des Parlaments bestätigen muss. Juristen erwarten jedoch, dass die Richter den Abgeordneten bei einer Sitzung in den kommenden Wochen Recht geben. Park hatte bereits angekündigt, ihr „Schicksal in die Hände des Parlaments“ zu legen und dem Willen der Volksvertreter zu folgen. Die Opposition drängt nun darauf, dass sie diese Anklage wahr macht und freiwillig zurücktritt – auch, um ihrem Land eine lange Phase politischer Unsicherheit zu ersparen.

Machtvakuum in Seoul

Park hat bereits angeboten, im kommenden April zurückzutreten. Doch selbst, wenn das Verfassungsgericht sich so lange Zeit lässt: Fünf Monate der Führungslosigkeit wirken zu lang. Das verfeindete Nordkorea stößt bereits neue Drohungen aus, und in den USA findet ein Regierungswechsel mit unklarem Ausgang für Ostasien statt.

Park hatte ihre beste Freundin Choi Soon-Sil (60) entgegen allen Regeln in die Regierungsgeschäfte eingebunden. Choi hat ihren Zugang zu Entscheidungen auf höchster Ebene genutzt, um Kontakte aus der Industrie mit bevorzugter Auftragsvergabe und Informationen zu helfen, lautet ein Vorwurf der Opposition. Der Staatsanwaltschaft zufolge soll sie Spenden in Millionenhöhe angenommen haben.

Der Fall ist besonders pikant, weil sich mit dem Duo aus Park und Choi die Geschichte gewissermaßen wiederholt. Parks Vater war bereits Präsident, und Chois Vater war sein spiritueller und politischer Berater. Choi Senior hatte eine Sekte gegründet, die sich an Naturreligionen anlehnt. Er soll vorgegeben haben, aus dem Jenseits Botschaft von Parks verstorbener Frau zu empfangen.

Mit der Parlamentsabstimmung vom Freitag ist Park nun politisch ausgeschaltet. Von 300 Abgeordneten stimmten 234 für die Amtsenthebung. Nur 56 stimmten dagegen, die anderen haben sich enthalten oder ungültige Stimmen abgegeben. Das Ergebnis: Park hat keinerlei politischen Rückhalt mehr.

Zahlreiche Beobachter in Korea sind besorgt über das Machtvakuum. In den kommenden Wochen sollten beispielsweise Staatschefs aus Südkorea, Japan und China über den weiteren Umgang mit Kriegsdrohungen aus Nordkorea entscheiden. Doch Seoul kann nun keinen geeigneten Vertreter zu solchen Gipfeltreffen entsenden. Zwar übernimmt der Premierminister des Landes nun sämtliche Aufgaben der Präsidentin. Doch zahlreiche Herausforderungen erfordern Führungsstärke – und die bietet nur ein demokratisch einwandfrei legitimer Präsident.



Südkoreas Präsidentin Park Geun-Hye spricht zum Kabinett.